Politische Grundsätze der Nationalen e.V.

Herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle,
Postfach 0441, 10324 Berlin-Lichtenberg
Tel./FAX: 030 - 431 65 74
V.i.S.d.P.: Frank Schwerdt, Vorsitzender

- Unser Programm -

Lichtenberger Erklärung

Präambel der Nationalen e.V.

1. Wir sind eine von bestehenden Parteien enttäuschte Gemeinschaft deutscher Wähler.

2. Wir kämpfen für nationale Identität, soziale Gerechtigkeit, innere Sicherheit, die Erhaltung der Familie, eine gesunde Umwelt und geschichtliche Wahrheit. Wir verwahren uns gegen jede Form der moralischen Erpressung des deutschen Volkes, wie sie seit 1945 durch die bisher etablierten Parteien geduldet wird.

3. Wir wollen Einfluß nehmen auf die Geschicke von Städten, Kreisen, Gemeinden und Verwaltungsbezirken und werden uns an entsprechenden Wahlen beteiligen.

4. Wir werden auch bei Wahlen zu den Landesparlamenten, bei Bundestags- und Europawahlen kandidierten, solange keine Partei die Kraft und den Willen hat, unsere Interessen nachhaltig zu vertreten.

5. Wir sind parteilos, aber auch Mitglieder in Parteien. Wir grenzen niemanden aus wegen früherer oder gegenwärtiger Mitgliedschaften in Parteien oder politischen Vereinigungen. Das Verhalten des einzelnen und sein Einsatz für die gemeinsame Sache ist allein Bewertungsmaßstab in unserer Gemeinschaft.

6. Wir sind keine Partei der herkömmlichen Art und wollen eine solche auch nicht werden. Wohl aber streben wir eine Organisationsform an, die den gesetzlichen Vorschriften für die Beteiligung an Wahlen entspricht. Einzelheiten regelt unsere Satzung.

7. Wir werden aber die Bildung einer deutschen Partei fördern und uns ihr gegebenenfalls anschließen, wenn sie die uns drängenden Probleme erkennt, anspricht und sich für deren Lösung einsetzt.

8. Wir verstehen uns als Bestandteil der nationalen Bewegung in Deutschland und wollen für niemanden Mitbewerber sein, der wie wir deutsche Interessen vertritt. Wir wollen zusammenführen, um gemeinsam politischen Einfluß zu erringen.

9. Wir unterstützen alle Gruppen, Vereine, Verlage und sonstigen Verbände, die für unser Volk und seine Heimat eintreten, Brauchtum und Traditionen pflegen und für Freiheit von Kultur, Wissenschaft und Forschung kämpfen. Wir stehen bereit, deren Interessen auch politisch zu vertreten.

10. Wir bekennen uns zur deutschen Verfassung, lehnen Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab und achten Gesetz und Ordnung. In diesem Rahmen streiten wir dafür, den Nutzen für das deutsche Volk zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden.

Berlin im August 1991

Programm der Vereinigung

Die Nationalen e.V.

Parteien und Bürger

Parteien stehen in dem Ruf, bürgerfern zu sein. Ihre Programmatik ist meist abstrakt und bei unterschiedlichen Parteien in vielen Punkten sehr ähnlich. Konkrete Zielsetzungen der einzelnen Parteien sind oft nicht erkennbar. Einflußmöglichkeiten der Bürger und sogar der einfachen Mitglieder auf die Politik der Parteien sind gering. Entscheidungen werden von der Parteibürokratie vorbereitet, lassen lange auf sich warten und tragen oft Kompromißcharakter. Politische Führer mit konsequenten Forderungen haben so gut wie keine Chancen, an die Spitze der Parteien zu gelangen Parteiführer gleichen heute eher Managern in der Industrie. Verbindungen zu Wirtschaft und Medien bestehen oft in rechtsfreien Räumen. Parteien stehen in dem Ruf, mehr an Machterhalt und Pfründenaufteilung interessiert zu sein als an der Durchsetzung langfristig wirksamer Maßnahmen. Der Wähler ist meist der Ansicht, sich von verschiedenen Übeln für das kleinere entscheiden zu müssen.

Wir stehen ein für:

- Bürgernähe konkrete politische Aussagen
- Abbau der verbandsinternen Bürokratie
- schnellere Entscheidungen
- Konsequenz in unseren politischen Forderungen
- offene Personal- und Finanzpolitik in unserem Verband
- eine Politik, die dem deutschen Volk langfristig nützt.

Unsere Politik gründet sich auf preußischen Wertvorstellungen. Pflichtbewußtsein im Dienst an der Allgemeinheit, Sauberkeit in der Verwaltung, Sparsamkeit im Staatshaushalt, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit in den öffentlichen Diensten sind unverzichtbare Bestandteile unserer Staatsauffassung. Wir lehnen einen Parteienproporz bei der Besetzung öffentlicher Ämter ab. Eine qualifizierte Ausbildung, Wissen, Können und Erfahrung sollen Vorrang haben.

Deutschlandpolitik

Wir bekennen uns ohne Einschränkung zu unserem Vaterland Deutschland. Wir lehnen jede direkte oder indirekte Einschränkung der deutschen Souveränität ab. Wir verweigern uns einer Politik der ununterbrochenen Schuldtilgung. Wir bekennen uns zur gesamten deutschen Geschichte. Die Vergangenheit eines Volkes ist untrennbarer Bestandteil seiner Identität. Wir setzen uns mit der Vergangenheit auseinander, wir schämen uns ihrer nicht. Die Einheit der Nation ist nur in der Einheit des Staates zu verwirklichen. Die Vereinigung zweier deutscher Staaten am 03. Oktober 1990 war deshalb nur eine Teilvereinigung. Die Frage aller von fremden Staaten verwalteten deutschen Gebiete wird uns nach wie vor beschäftigen. Sie ist eine Angelegenheit aller Deutschen und nicht nur der ehemals dort Beheimateten. Auch in Österreich wird die Frage nach der deutschen Identität immer mehr

gestellt. Deutschland muß zusammen mit den anderen europäischen Mächten seine ihm zukommende Rolle in der Welt wahrnehmen. Dabei sollte immer die Leitlinie gelten, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Mit den unmittelbaren Nachbarn muß es zu umfangreicher Zusammenarbeit kommen.

Deutschland ist kein Einwanderungsland!!!

Unter dem Vorwand humaner und liberaler Weltoffenheit wird uns Deutschen die Zukunft in einer multinationalen/multikulturellen Gesellschaft angepriesen. Der Integration von immer mehr Ausländern sollen gerade und insbesondere wir Deutsche uns verpflichtet fühlen. Die dahinter stehende Absicht ist so heimtückisch wie offensichtlich: Hier werden neue soziale Spannungen und ein Zustand für weitere marxistische Experimente und damit eine Schwächung der deutschen Nation vorprogrammiert. Hinter dieser inländerfeindlichen Politik stehen einflußreiche internationale Kräfte mit dem Interesse, uns Deutsche im Zustand dauerhafter moralischer Erpreßbarkeit, also zahlungswillig, zu halten. Wir stehen zu dem Grundrecht der Verfassung, daß politisch Verfolgten Asyl zu gewähren ist. Allerdings sollte es langfristig überprüft werden, da die Zahl auch der wirklich politisch Verfolgten auf der Welt in erschreckendem Maße steigt. Dabei muß sichergestellt sein, daß der Anspruch auf Asylgewährung nachgewiesen zu Recht besteht, und daß das Recht auf Asyl erlischt, wenn die Verhältnisse im Heimatland des Asylanten sich geändert haben und eine politische Verfolgung nicht mehr gegeben ist. Scheinasylanten und Asylbetrüger dürfen den Sozialhaushalt des deutschen Staates nicht gefährden. Sie müssen ausgewiesen werden. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nur mit befristeten Arbeitsverträgen eingestellt werden und nur, wenn deutsche Arbeitnehmer gleicher Qualifikation nicht zur Verfügung stehen. Nach Ablauf der Vertragsfrist müssen ausländische Arbeitnehmer Deutschland verlassen oder einen begründeten Antrag auf weitere befristete Aufenthaltserlaubnis stellen. Familienzusammenführung ist nur im Heimatland zulässig. Der Nachzug von Familienangehörigen ist nicht zulässig. Sozialleistungen, wie Kindergeld, Wohngeld etc. müssen an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden werden. Die Beschäftigung von illegalen Arbeitskräften muß stärker bekämpft werden. In diesem Sinne fordern DIE NATIONALEN die konsequente Anwendung der Gesetze, die es den Behörden ermöglichen, die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern wirksam zu kontrollieren und zu regulieren.

Europa

Die westlichen Staaten streben ein Europa an, in dem die Menschen ihrer nationalen Identität entfremdet werden. Wirtschaftliche Interessen treten in den Vordergrund. Die Tendenzen des gesellschaftlichen Niedergangs, abgeleitet von Rassen- und Sozialkonflikten, sind auch in Deutschland nicht mehr zu übersehen. Wir lehnen einen europäischen Bundesstaat ab. Nur ein föderatives Europa der Vaterländer entspricht der Tradition der Völker und Nationen. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, die den Interessen der europäischen Völker dient, ist unerläßlich. Die EU in ihrer jetzigen Form behindert eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung und fördert soziale Spannungen, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft. Jeder europäische Staat muß in der Lage sein, seinen Bürgern die notwendigen Arbeitsplätze im eigenen Land zur Verfügung zu stellen. Einen einheitlichen europäischen Arbeitsmarkt lehnen wir ab. Hilfeleistungen an EU-, wie Nicht-EU-Staaten dürfen nicht zu einer Dauereinrichtung werden. Sie können nur eine vorübergehende Unterstützung der äußersten eigenen Anstrengungen der Empfängerländer sein. Hilfeleistungen, die ohne Aussicht auf Sanierung gegeben werden, geraten in ein Faß ohne Boden

und sind zu unterlassen, da auf Dauer sonst unsere eigene nationale Leistungsfähigkeit auf dem Spiel steht.

Berlin

Berlin ist verfassungsgemäß die Hauptstadt Deutschlands. Es hat die historischen, kulturellen, infrastrukturellen und geographischen Voraussetzungen, alle Funktionen schnell zu übernehmen. Durch die Teilung und Isolierung hat die Vier-Millionen-Metropole schwere Schäden erlitten. Wirksame Maßnahmen zur Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sind vorrangig. Die Sitze des Staatsoberhauptes, der Bundesregierung mit allen Dienststellen sowie der Botschaften müssen kurzfristig nach Berlin verlegt werden. Das Parlament muß ab sofort in der Stadt tagen. Die innerstädtischen Bahnnetze und der übrige öffentliche Personennahverkehr sind voll wiederherzustellen, auszubauen und zu modernisieren. Leistungsfähige Bahn- und Straßenverbindungen in das Umland sind wiederherzustellen oder neu zu schaffen. Stadtplanerische Maßnahmen sollen einen flüssigen Autoverkehr gewährleisten, ohne Fußgänger und Radfahrer zu gefährden. Das Telekommunikationssystem muß den Ansprüchen der Metropole genügen. Bei allen Planungen in der Stadt und im Umland müssen ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Alle fremden Truppen müssen schnellstens abziehen. Einheiten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes müssen nicht nur am Rande, sondern mitten in der Stadt stationiert werden. Wir streben die Schaffung eines Bundeslandes aus den Ländern Berlin und Brandenburg.

Kulturpolitik

In der Kultur drückt sich der Geist eines Volkes aus. Keine Nation kann politisch bestehen, die sich nicht ihrer kulturellen Leistungen bewußt ist. Die Kultur prägt entscheidend das Wesen eines Volkes. Die Erziehung muß dahin gehen, die geistigen und kulturellen Traditionen nahezubringen. Wir sind einem kulturellen Erbe verpflichtet. Ohne die Öffentliche Pflege des deutschen Kulturgutes ist unser Volk in seinem Bestand gefährdet. Die gegenwärtigen Monopole linker und liberaler „Kulturträger bewirken eine enorme geistige Verarmung. Die verschiedenen religiösen Bindungen in unserem Volk sind zu achten. In der Erziehung soll neben dem Elternhaus der Staat das Monopol haben. Den Heranwachsenden ist nationales Volksbewußtsein zu vermitteln. Sie sind für das politische Geschehen und fremdes Bewußtsein zu sensibilisieren und zu selbständigen Menschen zu erziehen. Hochbegabte sind zu fördern. Alle Medien müssen sich ihrer besonderen Verantwortung bewußt sein. Sie haben insbesondere auf junge Menschen großen Einfluß und deshalb einen Erziehungs- und Aufklärungsauftrag. Die Programminhalte müssen so gestaltet werden, daß die besonderen Leistungen des eigenen und anderer Völker nahegebracht werden. Die Darstellung von Gewalt und sittenwidrigem Verhalten lehnen wir ab.

Geschichtliche Wirklichkeit

Wir Deutsche stehen zu unserer Geschichte. Der Versuch, dem deutschen Volk durch eine einseitige Geschichtsauslegung die Verantwortung und die Schuld für alle Fehlleistungen des 20. Jahrhunderts anzulasten, ist absurd. Die Siegermächte des zweiten Weltkrieges haben den in der Weltgeschichte bisher einmaligen Versuch unternommen, durch die Umerziehung eine Nation von der Weltpolitik auszuschließen und als niederrangig

abzustempeln. Diese Siegerideologie wurde von den bisherigen Regierungen in allen deutschen Staaten nach 1945, von den etablierten Parteien und der sogenannten Öffentlichen Meinung akzeptiert und nachvollzogen. Immer mehr Deutsche sind nicht mehr bereit, die Geschichtslügen und die Vergangenheitsbewältigung hinzunehmen. Wir fordern daher die öffentliche Revision der durch die einseitigen Siegerideologien beeinflußten, Deutschland allein belastenden Geschichtsschreibung.

Soziale Gerechtigkeit

Alle Deutschen in unserem Land müssen die gleichen Chancen haben, ihren Lebensweg zu gehen. Die Stellung des Einzelnen darf nur abhängen von dem, was er bereit und in der Lage ist, für die Gemeinschaft zu leisten. Unternehmer, Eigentümer und Vermögende in unserem Land müssen sich ihrer sozialen Verantwortung immer bewußt sein. Sie haben ganz besondere Verpflichtungen gegenüber dem Volk. Es muß erreicht werden, daß die Arbeitnehmer stärker am Produktivkapital der Firmen beteiligt werden. Das könnte durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien geschehen. Die Mitbestimmung im Betrieb soll der Partnerschaft und nicht einem Gegeneinander dienen. Im Betrieb sollen grundsätzlich nur die dort Beschäftigten Mitspracherecht haben und nicht betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre. Die soziale Fürsorge des Staates soll so angelegt sein, daß niemand unterhalb des Existenzminimums leben muß. Finanzielle Zuwendungen des Staates dürfen aber nicht die Tatenlosigkeit fördern, sondern sollen als Starthilfe für einen beruflichen Neubeginn dienen. Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe sollten zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Berufliche Förderung und Umschulungen sollen der Eingliederung in den Arbeitsprozeß
dienen und keine neue Arbeitslosigkeit in anderen Berufssparten erzeugen. Hier müssen Deutsche vorrangig vor Ausländern gefördert werden. Die Qualität eines Gemeinwesens zeigt sich am deutlichsten in der Behandlung der schwächsten Glieder der Gemeinschaft. Behinderte werden ihren Möglichkeiten gemäß gefördert, um ihnen ein menschenwürdiges Leben innerhalb der Gemeinschaft zu ermöglichen. Auch Ältere Menschen dürfen nicht wegen ihrer naturgemäß verringerten Fähigkeiten ausgestoßen werden. Durch ihre Lebenserfahrung sind sie sind wichtige, ja unverzichtbare Mitglieder der Gemeinschaft und als solche zu behandeln.

Wirtschaft

Der Leistungswille des deutschen Volkes ist der eigentliche Motor der deutschen Wirtschaft. Die Kraft der Wirtschaft wird aber beeinträchtigt durch einen hohen Ausländeranteil unter Arbeitern niedriger Qualifikation, Käufe von Aktien, Grund und Boden durch ausländische Investoren, Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU, allgemeine Umstrukturierungsmaßnahmen und Umweltschäden. Unternehmen, die Ausländer beschäftigen, sollen höher besteuert werden. Damit soll ein Anreiz gegeben werden, bevorzugt deutsche Arbeitslose einzustellen. Zudem sollen die Folgekosten durch die Beschäftigung von Ausländern - z.B. durch zusätzlichen Wohnraumbedarf auf Kommunalkosten, durch Ausländerarbeitslosigkeit etc. - für die Staatsgemeinschaft nach dem Verursacherprinzip gerechter verteilt werden. Käufe von Aktien, Firmen, Grund und Boden durch Ausländer sind durch gesetzgeberische Maßnahmen stark einzuschränken. Die deutsche Wirtschaft ist vor Wettbewerbsverzerrungen im EU-Bereich - z. B. durch Subventionen - zu schützen. Auch im EU-Bereich muß Leistung, nicht Lobby zählen. Umstrukturierungsprozesse für gefährdete Regionen sind besonders zu fördern. Umweltschutzmaßnahmen

sind vorrangig durchzuführen. In der Umweltsanierung sind neue Arbeitsplätze vorrangig für langjährig Arbeitslose zu schaffen. In Mitteldeutschland müssen Unternehmer, Manager und Existenzgründer umfassend über Altlasten, Zukunftsaussichten und geplante Infrastruktur informiert werden. Eigentumsfragen sind schnellstens zu klären. Die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur ist durchgreifend zu modernisieren - Verkehr und Kommunikation sind unabdingbare Voraussetzungen jeder funktionierenden Wirtschaft. Die Chance, aus Mitteldeutschland langfristig den fortschrittlicheren und leistungsfähigeren Teil Deutschlands zu machen, darf nicht durch falsche Weichenstellungen und Krämergeist vertan werden. Wenn wir alle dies wollen, ist jetzt die Zeit, ein zweites Wirtschaftswunder zu unser aller Nutzen zu vollbringen. Die zu langsame und ineffektive Arbeit der Treuhandanstalt ist durch Reorganisation zu straffen. Für mittelständische Betriebe mit innovativer Technologie sowie für zukunftssichere Dienstleistungsbetriebe sind Investitionsanreize zu schaffen.

Jugendpolitik

Die Massen- und Multikultur nivelliert bei den jungen Menschen alles Menschliche und führt zur Entfremdung von der eigenen Identität. Die von den öffentlichen Medien angebotenen Ersatzideale führen zu seelischen Konflikten. Als tragende Kräfte einer nationalen und solidarischen Gemeinschaft fallen diese jungen Menschen aus. So werden aus den jungen Menschen oft inhaltlose Individualisten ohne Ideale, ohne inneren Halt, die ihre Hilflosigkeit in sinnloser Gewalt äußern. Die Jugend aber braucht Ideale, sie braucht Identität. Jeder Staat, jede Familie, jede menschliche Gemeinschaft hat die Verpflichtung, Menschen auf das Leben und auf die künftige Verantwortung vorzubereiten. Es kann nicht weiterhin als normal hingenommen werden, daß Jugendliche ihre Freizeit in Spielhallen, Diskotheken oder auf der Straße verbringen müssen. Wir fordern ein scharfes Vorgehen der verantwortlichen Politiker gegen die Propagierung einer multikulturellen Gesellschaft als Leitbild in den Medien. Wir fordern die strikte Trennung von ausländischen und deutschen Kindern in Kindergartengruppen und Schulklassen und die Pflicht für alle ausländischen Kinder, ihre Muttersprache in Wort und Schrift zu erlernen. Traditionen und Kultur der jeweiligen Nationalität sind zu erhalten und den ausländischen Kindern zu vermitteln. Dem durch die Multikultur drohenden Identitätsverlust soll so entgegengewirkt werden. Auf diese Weise wird die Rückkehr ausländischer Jugendlicher in die Heimatländer erleichtert. Wir fordern die Bereitstellung aller notwendigen Maßnahmen zur Durchführung von Jugendprojekten, die Ideale vermitteln und den Gemeinschaftsgedanken der nationalen Solidarität fördern. Dazu gehört die Förderung von Jugendorganisationen, verstärkte sportliche und kulturelle Fürsorge und Erziehung für sozial gefährdete Jugendliche. Wir fordern die Einrichtung von Schulfächern, die sich insbesondere mit der Erziehung zum naturbezogenen Denken und Handeln befassen. Wir fordern die Einrichtung eines Pflichtarbeitsjahres für alle deutschen Jugendlichen im Alter von 16-20 Jahren im Bereich des Umweltschutzes und der sozialen Einrichtungen.

Innere Sicherheit

Eine wesentliche Funktion des Staates ist der Schutz seiner Bürger. Deshalb darf nur er allein über das Gewaltmonopol verfügen. In der Bundesrepublik aber wird das Gewaltmonopol des Staates immer mehr zurückgedrängt die geduldete oder nicht verfolgte Mißachtung von Recht und Gesetz, die Hilflosigkeit des Staates gegenüber den politischen und gewalttätigen Erpressern der Straßenszene, die Unfähigkeit der Verantwortlichen für

sichere Verkehrsmittel und gewaltfreie Schulen zu sorgen, die Verharmlosung von Rauschgift und Eigentumsdelikten, ja sogar von Mord und Totschlag führen nach und nach zum Recht des Stärkeren, Rücksichtsloseren zum Faustrecht. Recht und Ordnung sind die Fundamente jedes freien, gleichen und friedlichen Zusammenlebens. Die organisierte Kriminalität nahm und nimmt in erschreckendem Maße zu. Sogenannte Autonome schaffen sich in besetzten Häusern rechtsfreie Räume, von denen aus sie die Bevölkerung tyrannisieren. Ausländer in großer Zahl, die nach ihrem eigenen Rechtsverständnis leben oder bewußt gegen hier geltende Rechtsnormen verstoßen, verbreiten Angst und Schrecken. Polizei und Justiz werden von politischer Seite genötigt, die tatsächlichen Zahlen zu verschweigen oder zu verharmlosen. Fehlendes Personal, fehlende Mittel, schlechte Bezahlung, mangelnde Rückendeckung durch die Politik und dadurch schwindende Motivation und unverdient schlechtes Image führen immer mehr zu einer Verwaltung statt zur wirksamen Bekämpfung von Verbrechen und Verbrechern. In Mitteldeutschland schwindet das Vertrauen in den Rechtsstaat immer mehr. Ehemalige SED- und Blockparteiführer werden kaum für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen. Rehabilitierungsverfahren der Opfer kommen nur schleppend voran. Hingegen haben alte SED-Stasi-Seilschaften Schlüsselpositionen in Wirtschaft und im öffentlichen Dienst besetzt. Sie schalten ihre Gegner aus, stützen sich gegenseitig und behindern erfolgreich den politischen und wirtschaftlichen Neuaufbau. Polizei und Justiz sind personell unterbesetzt, technisch unzureichend ausgerastetes und häufig nicht weisungsbefugt. Ihre Arbeit muß auf diese Weise - trotz enormer Anstrengungen vieler Einzelner - zwangsläufig ineffektiv bleiben. Wir fordern daher eine umfassende Gesetzgebung zur Erleichterung der Arbeit von Polizei und Justiz. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Der Schutz des Bürgers vor Verbrechen muß Vorrang haben. Die dauerhafte Präsenz der Polizei in Ballungsräumen und an sicherheitsrelevanten Orten muß gewährleistet sein. Rechtsfreie Räume können nicht geduldet werden. Das Demonstrationsstrafrecht muß restriktiv gestaltet werden. Kriminelle Ausländer müssen ausnahmslos abgeschoben werden. Zur Sicherstellung ihrer Funktion sind Polizei und Justiz in gebotenem Umfang personell und technisch zu verstärken sowie seitens der Politik tatkräftig moralisch zu unterstützen, damit die Polizei auch in ihrem öffentlichen Ansehen wieder zum Freund und Helfer wird. Eine notwendige Strafrechtsreform muß Sühne und Abschreckung, soll erst danach Resozialisierung beinhalten. Der Strafvollzug ist zu verschärfen. Für Mord und schwere Fälle organisierter Kriminalität ist die Höchststrafe vorzusehen. SED-Stasi-Verbrechen sind konsequent aufzuklären und zu verfolgen. Das gesamte Vermögen von SED/PDS, der Blockparteien und Organisationen ist zu enteignen. Deren Kader sind aus Schlüsselpositionen des Staates und der Wirtschaft zu entfernen. Die Herkunft ihres Vermögens ist zu Überprüfen. Die Opfer des kommunistischen Terrors sind schnellstens zu rehabilitieren und zu entschädigen.

Erarbeitet von der ersten Programmkommission, verabschiedet von der Mitgliederversammlung im April 1992

Das Programm wurde 1993 um die „Forderungen zur Ausländerpolitik" erweitert.

DIE NATIONALEN e.V.
- Der Bundesvorsitzende -
Postfach 0441,
10324 Berlin-Lichtenberg
Bankverbindung: DIE NATIONALEN e.V., Postbank Berlin, Konto-Nr. 657 432-106,
BLZ 10010010.